Die Landrätin

Kreis Gütersloh
weltgewandt & bodenständig

Beratungsergebnis

der 9. Sitzung des Kreisausschusses
am Montag, dem 21.09.2026

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

17. Fortführung der Servicestelle Gesundheitswirtschaft
- Gemeinsamer Antrag der CDU-, SPD-, GRÜNE-, UWG- und FDP-Fraktion vom 03.07.2026
- DS-Nr.: 6686 -
- Stellungnahme zum gemeinsamen Antrag der CDU-, SPD-, GRÜNE-, UWG- und FDP-Fraktion vom 03.07.2026 - DS-Nr.: 6686/1 -

Die Verwaltung erläuterte ihre ergänzende Vorlage als Alternativvorschlag, um die sinnvolle Arbeit der Servicestelle Gesundheitswirtschaft zum Erhalt der medizinischen Versorgung weiter zu unterstützen und gleichzeitig einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten.

Die Landrätin wies darauf hin, dass die Angelegenheit nicht mehr im Ausschuss für Wirtschaft, Digitalisierung, Finanzen und Rechnungsprüfung beraten, allerdings der Gesellschafterversammlung der pro Wirtschaft GT GmbH (prowi) zur Entscheidung vorgelegt werde.

Die CDU-Fraktion erklärte, weiterhin den gemeinsamen Antrag zu unterstützen. Zusätzlich schlug sie vor, dass ein jährlicher Bericht über den Abruf der Mittel erfolgen könne. Sie erwähnte außerdem das neue medizinische Netzwerk Ninja, mit dem sich die prowi ebenfalls beschäftigen könne.

Die GRÜNE-Fraktion äußerte, ebenfalls dem gemeinsamen Antrag zuzustimmen, obwohl es sich um eine Kompromisslösung handle. Grundsätzlich habe sie sich eine längere Fortführung als um zwei Jahre sowie eine Finanzierung aus dem Kreishaushalt gewünscht. Einen Mittelabruf, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, halte sie nicht für einen adäquaten Ersatz, zumal nicht ersichtlich sei, was inhaltlich abgerufen werden könne. Gerade die Begleitung durch den Beirat sei konstruktiv und solle beibehalten werden.

Die FDP-Fraktion schloss sich der CDU- und der GRÜNE-Fraktion an. Der Vorschlag der Verwaltung überzeuge sie nicht, weil die Bereitstellung eines kleinen Budgets eine andere Qualität aufweise als die von ihr befürwortete Fortführung der Servicestelle.

Die Landrätin entgegnete, dass der Verwaltungsvorschlag darauf abgezielt habe, die Servicestelle zukunftsorientiert aufzustellen.

Die SPD-Fraktion schloss sich ebenfalls den anderen Fraktionen an. Sie erinnerte daran, dass in vielen Kommunen ein Notstand an Allgemeinmedizinern bestehe und auch beim Pflegefachpersonal erhebliche Anstrengungen notwendig seien, um im Kreis eine gute Versorgung zu gewährleisten. Auch wenn es sich um eine freiwillige Leistung handle, seien die Herausforderungen so drängend, dass diese fortgeführt werden solle.

Sodann fasste der Kreisausschuss folgenden

Beschluss:

Die Servicestelle Gesundheitswirtschaft wird für die Jahre 2027 und 2028 fortgeführt. Ihre Finanzierung mit 50.000 € pro Jahr erfolgt aus dem Budget der pro Wirtschaft GT GmbH.

Ergebnis: 14 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen